



Die Freie Hansestadt Bremen

**Regierungserklärung 2015 - 2019 des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Carsten Sieling
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 22. Juli 2015**

Es gilt das gesprochene Wort!

Mit ganzer Kraft für Bremen und Bremerhaven!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben nach intensiven Koalitionsverhandlungen die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit in der Bremer Landesregierung für die kommenden vier Jahre geschaffen. Um es gleich zu Beginn klar zu sagen: Dies ist kein Bündnis des Weiter so. Dies ist ein Bündnis mit klar gesetzten politischen Zielen, die in den kommenden vier Jahren umgesetzt werden müssen.

Wir wollen 2019 sagen können: Wir sind ein starker Wirtschaftsstandort, mit exzellenter Wissenschaft, verbesserter Bildung, weniger Arbeitslosen und mit einem ausgeglichenen Haushalt. Wir halten die Schuldenbremse ein und vor allem: Den Menschen in Bremen und Bremerhaven geht es besser als vor vier Jahren!

Das wird aber kein einfacher Weg, denn wir stehen vor ziemlich harten Zeiten. Wir werden der Politik, der Verwaltung, aber auch den Menschen in Bremen und Bremerhaven bis dahin einiges abverlangen müssen.

Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir Strukturen ändern und die öffentlichen Dienste straffen, neue Einnahmen generieren, aber eben auch Ausgaben reduzieren.

Es ist nun gut vier Jahre her, dass Bremen sich in einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund und den anderen Ländern verpflichtet hat, die Neuverschuldung des Landes Schritt für Schritt zurückzufahren und 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Gegenzug erhält unser Land - sofern wir erfolgreich sind - jedes Jahr 300 Mio. Euro Konsolidierungshilfen.

Und weil die rot-grüne Koalition erfolgreich war, hat Bremen in den letzten vier Jahren die vereinbarten Vorgaben des Sanierungsprogramms Jahr für Jahr eingehalten und so insgesamt 1,2 Milliarden Euro Konsolidierungshilfen seit 2011 erhalten.

Dies ist das Verdienst des bisherigen Senats, vor allem auch das Verdienst meines Vorgängers Jens Böhrnsen, das Verdienst unserer Finanzsenatorin Karoline Linnert und das Ergebnis der Arbeit aller Senatorinnen und Senatoren.

Meine Damen und Herren

Vor der neuen rot-grünen Koalition liegt nun die dritte Legislaturperiode. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben und das ist für diesen Senat auch ein ganz besonderer Ansporn.

Denn die Aufgabe der neuen rot-grünen Koalition wird es sein, den eingeschlagenen Sanierungsweg konsequent weiter zu beschreiten und dabei eine gute Balance zwischen der nötigen Kontinuität einerseits und der notwendigen Erneuerung andererseits zu finden.

Aufgabe der neuen rot-grünen Koalition ist es, politische Schwerpunkte zu setzen und den Weitblick und die Kraft zu haben, sich zunächst auf das Machbare und nicht ausschließlich auf das Wünschenswerte zu konzentrieren.

Und Aufgabe des Senats wird es sein, den Menschen in Bremen und Bremerhaven transparent, offen und ehrlich zu erklären, warum wir das eine tun und das andere nicht mehr tun können, warum dies alles notwendig ist.

Denn diese neue rot-grüne Koalition will Vertrauen zurückgewinnen. Sie will neu unter Beweis stellen, dass sie den Aufgaben gewachsen ist. Sie will mit ganzer Kraft für Bremen und Bremerhavens Zukunft arbeiten!

Meine Damen und Herren

Die Sicherung der Zukunft unseres Landes, die Sanierung unserer Finanzen, ist kein 100m Lauf. Das ist vielmehr ein Marathon. Wenn wir in dem Bild bleiben wollen, dann befinden wir uns nun kurz vor dem Einlauf ins Stadion, in dem die letzte und vielleicht wichtigste Wegstrecke zurückzulegen ist.

Ob man einen Marathonlauf erfolgreich bewältigt, hängt ja vor allem an drei Fragen:

- Ist man gut vorbereitet?
- Hat man die richtige Strategie?
- Hat man am Ende die nötige Ausdauer?

Die neue rot-grüne Koalition hat einen Koalitionsvertrag geschlossen und vorgelegt, in dem man die Antworten auf all diese Fragen findet. Vor allem aber finden Sie dort die richtigen Antworten auf die zentralen Herausforderungen vor denen wir in den kommenden Jahren stehen.

Dies sind:

- Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Die Verbesserung der Bildungschancen für unsere Kinder
- Die Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
- Die Schaffung der Voraussetzungen für weiter wachsende Städte
- Die Gestaltung unseres Beitrages für das Gelingen der Energiewende
- Eine neue Regionalpolitik und die Modernisierung der Verwaltung

Und nicht zuletzt:

- Die Sicherung unserer finanziellen Lebensfähigkeit!

Meine Damen und Herren

an den Anfang unseres Koalitionsvertrages haben wir sehr bewusst unsere Ziele für die künftige Arbeitspolitik gestellt. Denn Arbeit ist ein zentraler Schlüssel für Teilhabe, für Mitwirkungsmöglichkeiten, für die Überwindung von Ausgrenzung und Armutsgefahr.

Für uns ist deshalb ein ganz wesentlicher Auftrag des „Bündnisses für den sozialen Zusammenhalt“ und des Bürgerschaftsausschusses zur „Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung“ den Menschen möglichst Arbeit zu bieten. Denn Armut entsteht aus Arbeitslosigkeit und neue Beschäftigungschancen mindern Armut.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen ist geradezu ein Phänomen: unsere Wirtschaft boomt, wir hatten noch nie so viele Arbeitsplätze wie in den letzten Jahren – und trotzdem müssen wir feststellen, dass wir im aktuellen Vergleich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit abfallen. Leiharbeit und Werkverträge spielen auch aufgrund der Unternehmensstrukturen in Bremen und Bremerhaven eine zu große Rolle. Das muss sich ändern.

Ein Riesenproblem ist die nach wie vor viel zu hohe Sockelarbeitslosigkeit gerade von Langzeitarbeitslosen. Und leider ist bislang auch der „Einstieg“ in die Arbeitslosigkeit oft viel zu „einfach“, wenn Jugendliche nicht hinreichende Wege in geregelte Arbeitsverhältnisse finden.

Wir wollen der Arbeitslosigkeit die Grundlage entziehen.

Unsere nächsten Schritte dafür: die Ausbildungsgarantie. Sie soll bereits zum Ausbildungsjahr 2015/16 greifen. Und zweitens: Die Jugendberufsagenturen. Dort werden sämtliche Beratungs- und Unterstützungsangebote in Bremen und Bremerhaven gebündelt, dort bekommen junge

Menschen unter 25 Jahren alle Informationen rund um die Berufswahl oder auch eine fundierte Beratung über den Besuch von weiterführenden Schulen und Studienmöglichkeiten.

Trotz der Haushaltsnotlage setzen wir hier einen Schwerpunkt und werden die notwendigen Landesmittel verstetigen. Das gilt auch für unseren Anspruch, zu verhindern, dass Menschen dauerhaft arbeitslos werden. Und zugleich wollen wir denjenigen, die seit längerem arbeitslos sind, die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtern. Hierfür werden wir auch eigene Landesmittel einsetzen.

Ein besonderes Augenmerk wird die neue rot-grüne Koalition auch darauf richten, die Jobcenter zu leistungsfähigen Dienstleistern auszubauen und den kommunalen Einfluss zu stärken. Wir werden eine gemeinsame Strategie der beteiligten Ressorts insbesondere für Langzeitarbeitslose erarbeiten. Wir werden die notwendigen Umschichtungen aus dem Eingliederungs- in das Verwaltungskostenbudget im kommunalen Haushalt absichern, damit die Betreuungsrelation im Durchschnitt anderer vergleichbarer Jobcenter liegt. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass die künftige Geschäftsführung der Jobcenter kommunal gestellt wird.

Darüber hinaus müssen auf Bundesebene die Grundlagen geschaffen werden, dass die den Jobcentern zur Verfügung stehenden Mittel auch über mehrere Jahre hinweg Verwendung finden können. Nur mit einer mehrjährigen Mittelverwendung bekommen wir die notwendige Planungssicherheit u.a. für nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose. Zugleich soll der Anteil der abschlussbezogenen Maßnahmen erhöht werden. Insbesondere für Alleinerziehende sind Qualifizierungstreppen aufzubauen, die das Nachholen einer abgeschlossenen Berufsausbildung ermöglichen.

Für Menschen, die aufgrund langer Arbeitslosigkeit, ihrer sozialen Situation oder aufgrund gesundheitlicher Probleme mittelfristig nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können, wollen wir auch Angebote bereithalten, die sozialintegrativ ausgerichtet sind. Wir werden dabei vor allem in den Stadt- und Ortsteilen, in denen der Bedarf am größten ist, Projekte, die insbesondere gemeinnützigen Zielen dienen und die mit Mitteln der öffentlich geförderten Beschäftigung finanziert werden, fortsetzen und sie an diesen Zielen ausrichten.

Bremen und Bremerhaven brauchen weiterhin öffentlich geförderte Beschäftigung.

Für die verschiedenen Gruppen von Langzeitarbeitslosen wollen wir zudem auch verzahnte Angebote von Qualifizierung, öffentlich geförderter Beschäftigung und Hilfen wie Schuldnerberatung, Suchtberatung und psychosoziale Beratung in den Stadtteilen verstärken.

Um der geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken, werden wir unsere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik auch dazu nutzen, um Frauen gezielt Zugänge zu zukunftssträchtigen Berufen und Branchen zu ermöglichen. Dabei werden wir besondere Programme für Alleinerziehende, Wiedereinsteigerinnen und Migrantinnen fortführen.

Arbeitsmarktpolitik findet aber wie gesagt nicht ausschließlich auf Landesebene statt. Wir werden deshalb auch alle unsere Möglichkeiten nutzen, über den Bundesrat Einfluss zu nehmen. Das betrifft die Ausgestaltung der bundesweiten Rahmenregelungen, beispielsweise zur gezielten Verbindung der Instrumente der Arbeitsförderung mit Qualifizierungsmaßnahmen oder auch zur (überfälligen!) Erarbeitung eines Entgeltgleichheitsgesetzes mit verbindlichen Regelungen.

Meine Damen und Herren

Um eine gute, qualifizierte Arbeit zu finden, braucht man eine gute Ausbildung. Bildung eröffnet Zukunftschancen und gut ausgebildete junge Menschen sind die wahrscheinlich wertvollste Ressource, die wir in Deutschland haben.

Dieser Senat hat deshalb die Verbesserung der Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt seiner Regierungspolitik gestellt. Wir haben mit der Zusammenlegung der Bereiche Kindergärten und Bildung ein klares Zeichen für einen deutlichen Perspektivwechsel, für eine gute Bildung für alle von Anfang an gelegt. Wir wollen, dass Bildungspolitik künftig vom Kind her gedacht wird und nicht von der Institution her!

Für diesen Perspektivwechsel haben wir ganz bewusst die Erziehungs- und Bildungsaufgaben für den Elementarbereich mit den Aufgaben der schulischen Bildung in einem neuen Ressort Kinder und Bildung gebündelt.

Mit einem gemeinsamen Bildungsplan für Kindergärten und Grundschulen sollen die Chancen der frühen Bildung besser genutzt und eine kontinuierliche Lernentwicklung besser gewährleistet werden. Im Mittelpunkt dieses Vorhabens stehen Sprachförderung, Inklusion, Armutsprävention, Elternarbeit und die konkrete Gestaltung des Übergangs.

Der Senat wird alle an diesem Reformprozess Beteiligten einladen, diesen Perspektivwechsel mit zu vollziehen. Wir setzen auf Dialog und Zusammenarbeit!

Unsere Gesellschaft verändert sich ständig und wir müssen immer überprüfen, ob die Strukturen in denen wir staatliche Aufträge und Dienstleistungen erbringen, noch zu der veränderten Realität passen. Und wenn das nicht der Fall ist, dann müssen wir den Mut und die Kraft aufbringen, die Strukturen entsprechend zu verändern.

Wir werden auch die Kindertagesbetreuung weiter ausbauen und flexibilisieren. Dabei werden wir ein ganz besonderes Augenmerk auf die Stadtteile legen, die eine schwierige soziale Lage zu bewältigen haben und die vor besonderen Herausforderungen stehen. Sie müssen konsequent an das Ausbauniveau anderer Stadtteile herangeführt werden. Darüber hinaus wollen wir den Rechtsanspruch auf 30 Stunden pro Woche auf alle Kinder ab dem ersten Geburtstag ausweiten.

Alle Einrichtungen der Kindertagesbetreuung werden nun dem neuen Ressort Kinder und Bildung zugeordnet und der Senat wird darauf achten, dass dies partnerschaftlich und „auf Augenhöhe“ geschieht.

Das ist keine Ressortaufgabe, das ist Aufgabe der gesamten Regierung!

Uns allen ist dabei klar: Ein solcher Prozess wird Zeit brauchen und wir werden ihn sowohl mit einer externen Begleitung wie auch durch eine Senatskommission absichern. In ihr werden neben den beiden Fachressorts auch das Justizressort und die Zentralressorts auf Senatorebene vertreten sein.

Wir haben uns vorgenommen den Prozess zum Sommer 2016 abzuschließen und das werden wir auch schaffen.

Meine Damen und Herren

Dass die neue rot-grüne Koalition einen klaren politischen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Bildung gesetzt hat, zeigt sich aber nicht nur in der Schaffung eines neuen Ressorts.

Wir wollen auch qualitativ einen weiteren Schritt nach vorne machen. Deshalb haben wir uns in der Koalition entschlossen, zur Absicherung der Unterrichtsqualität, insgesamt 200 Vollzeitkräfte für den Unterricht zusätzlich bereit zu stellen. Die Ausstattung der Schulen in Bremen und Bremerhaven werden wir nach einheitlichen Kriterien, verlässlich und transparent gestalten

Damit soll der Unterrichtsausfall deutlich reduziert und die verlässliche Organisation des Vertretungsunterrichts gewährleistet werden. Alle Schulen erhalten künftig eine deutlich erhöhte Vertretungsreserve, um einen krankheits- oder schwangerschaftsbedingten Unterrichtsausfall abwenden zu können.

Darüber hinaus wird es eine wichtige Aufgabe sein, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den organisationsbedingten Unterrichtsausfall abzustellen. Dafür stärken wir die Eigenständigkeit und Verantwortung der Schulen und geben ihnen mehr Budgetverantwortung und mehr Autonomie beim Personaleinsatz.

Bremen ist in Deutschland führend in der Einführung der schulischen Inklusion und wir müssen hierfür ebenso ausreichende Unterstützungsmittel zur Verfügung stellen wie für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen. Die Koalition will hier im Grundschulbereich ein flächendeckendes Angebot schaffen und sich beim Ausbau vorrangig an den Sozialindikatoren orientieren.

Und auch der neue Senat bekennt sich klar zur Fortsetzung des Bildungskonsenses und ist bereit, zu entsprechenden Gesprächen über das Jahr 2018 hinaus.

Meine Damen und Herren

Gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür, damit die bremische Wirtschaft weiter wachsen kann. Bremen ist ein starker Wirtschaftsstandort, Bremen und Bremerhaven sind leistungsfähig und dieser Senat wird alles tun, damit das auch so bleibt.

Bremen ist vor kurzem zum fünftgrößten Industriestandort Deutschlands aufgestiegen und bietet den unterschiedlichsten Branchen hervorragende Standortbedingungen.

Bremen gilt in Europa als der deutsche Raumfahrtstandort. Der frühere Raumfahrtkoordinator der Bundesregierung, Peter Hintze, hat von Bremen als dem Silicon Valley der europäischen Raumfahrt gesprochen.

Das Daimler-Werk mit seinen rd. 12.000 Beschäftigten ist der mit Abstand größte private Arbeitgeber im Land. Bremen ist seit 2014 auch weltweites Kompetenzzentrum für die C-Klasse im Konzern. Vor wenigen Wochen hat das Unternehmen erklärt, dass es bis 2020 750 Millionen Euro in Bremen investieren wird und bis zu 500 Arbeitsplätze neu entstehen werden.

Auch das Bremer Stahlwerk steht nach den Problemen der Stahlbranche sowohl in Deutschland also auch konzernintern hervorragend da und ist ein Garant für das bremische Industrie Know-how.

Die Lebensmittelwirtschaft hat in Bremen eine große Tradition, eine starke Gegenwart und eine gute Zukunft, ob Kaffee, Schokolade oder Bier. ABInBev – für uns Bremer immer noch Becks – hat in Bremen seinen Hauptsitz für Deutschland, Österreich, Italien und die Schweiz. Und Kellogs produziert seit 1964 kontinuierlich seine Frühstücksflocken in Bremen.

Neben den wichtigen industriellen Kernen ist aber auch das regionale Handwerk von ganz erheblicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort. Um das Handwerk zu stärken, müssen und werden wir die öffentliche Auftragsvergabe in Bremen weiter modernisieren. Wir werden deshalb die Vergabeverfahren vereinfachen und die Wertgrenzen für Vergaben anheben. Denn wir wollen nicht nur wirtschaftliche Angebote bekommen, sondern auch möglichst viele

öffentliche Investitionen in der Region halten. An öffentliche Aufträge und die Beschaffung werden wir weiterhin soziale und ökologische Anforderungen stellen.

Und wir haben hier bei uns zudem ein enormes Potenzial in der Kreativwirtschaft. Die Koalitionspartner haben sich vorgenommen, hier gemeinsam mit den Akteuren am Markt neue Akzente zu setzen.

Meine Damen und Herren

Eine gute Wirtschaftspolitik definiert nicht nur einen Rahmen, sondern sie ermöglicht auch erfolgreiches Wirtschaften. Das muss ganz konkret etwa durch die Bereitstellung ausreichender und geeigneter Gewerbeflächen geschehen: Hansalinie, Industriepark, BWK, Technologie-Park und die Airport-Stadt sind nur einige Angebote die Bremen macht.

Die Geschichte der Hansalinie und die Geschichte unseres Mercedes Werkes, sind zwei Erfolgsgeschichten, die ganz eng miteinander verbunden sind und die wir mit einer aktiven Wirtschaftspolitik weiterführen wollen.

Deshalb werden wir unsere Gewerbegebiete auch ganz gezielt weiterentwickeln. Das gilt zum einen für die Hemelinger Marsch, aber auch für ein anderes Schlüsselprojekt der Region, das Gebiet Achim-West und die Verlängerung der Theodor-Barth-Straße zur Anbindung an die geplante Anschlussstelle Achim-West zur A 27. Damit wird die verkehrliche Erschließung der bremischen Einzelhandels- und Gewerbebetriebe am Bremer Kreuz nachhaltig verbessert.

Von zentraler Bedeutung für unsere Wirtschaftskraft sind vor allem unsere bremischen Häfen, die als Universalhäfen auch nationale Bedeutung haben.

Um das abzusichern, ist die seewärtige Erreichbarkeit eine absolut zwingende Voraussetzung. Die gerichtlichen Entscheidungen zur Weservertiefung sind auch nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes noch nicht abschließend getroffen.

Aus Sicht des Senats kann ich aber schon heute betonen, dass wir das notwendige Einvernehmen erklären werden, um sicherzustellen, dass die Vertiefung der Außenweser

realisiert werden kann. Dabei werden wir natürlich die notwendigen ökologischen Kriterien auch im Sinne einer wirkungsvollen Kompensation durch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen beachten. Darüber hinaus haben wir Maßnahmen verabredet, die die Qualität der Weser weiter verbessert.

Hafenpolitik ist aber auch eine Aufgabe der norddeutschen Kooperation. Mit dem JadeWeserPort haben wir gemeinsam mit Niedersachsen bereits einen ganz wichtigen Schritt getan, um als einziger deutscher Tiefwasserhafen die Zukunftsfähigkeit der norddeutschen Häfen insgesamt zu sichern.

Und ich bin mir da mit meinem niedersächsischen Kollegen Stephan Weil sehr einig: Niedersachsen und Bremen haben immer gesagt, dass sie sich gerade in der Hafenpolitik eine gute und verstärkte Kooperation mit Hamburg vorstellen können.

Bei uns stehen, wie in Niedersachsen auch, alle Türen offen – ich lade die Hamburger ein, einfach hindurchzugehen!

In der Hafenpolitik wird ganz deutlich, wie wichtig in Zukunft die regionale Kooperation gerade auch mit Niedersachsen ist, weil alles was wir tun, auch von großer Bedeutung für unser Nachbarland ist. Diese Kooperationsperspektive werden wir auch in anderen Feldern deutlich ausbauen.

Meine Damen und Herren

Wir wollen die Energiewende! Schon deshalb, weil wir hier an der Küste vom Klimawandel besonders bedroht sind. Bremen ist ein wichtiger Akteur in der Gestaltung der Energiewende und wird es nach dem Willen dieser Koalition auch weiter sein. Auf Bundesebene werden wir uns für den Kohleausstieg einsetzen mit der Maßgabe, dass vorrangig Kraftwerke mit den höchsten Emissionen zuerst abgeschaltet werden.

Ohne die Offshore-Windenergie wird die Energiewende nicht gelingen können. Wir halten daher die Deckelung des Ausbaupfads für den falschen Weg und werden auch als Senat weiter für eine Dynamisierung des Offshore-Ausbaus nach dem Jahr 2020 kämpfen.

Die bereits jetzt vorhandene Offshore-Kompetenz in Bremerhaven wollen wir durch den Bau des OTB weiter steigern. Das ist nicht nur für den Standort Bremerhaven und die norddeutsche Region insgesamt gut, sondern davon profitiert die gesamte Republik.

Und ich sage ganz deutlich: Wer jetzt hier wackelt, gefährdet die Erfolge der Vergangenheit und vergibt die Chancen der Zukunft! Dieser Senat setzt weiter auf die Realisierung des OTB und wird weiter engagiert mit dem Bund über eine finanzielle Beteiligung bzw. Unterstützung verhandeln.

Wirtschaftspolitik lebt von klaren Schwerpunktsetzungen und engen Kooperationsbeziehungen. Das Signal des neuen Bremer Senats an die Wirtschaft ist eindeutig. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit zum Wohle unseres Bundeslandes. Und wir setzen darauf, dass auch die bremische Wirtschaft ein großes Interesse hat, ihren Teil dazu beizutragen, dass der stabile Wachstumspfad, den wir seit Jahren erleben, sich deutlicher auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt niederschlägt. Wir bieten eine Partnerschaft für Gute Wirtschaft und Gute Arbeit.

Meine Damen und Herren

Eine gute Wirtschaftspolitik ist neben vielen anderen Dingen, auf die ich gleich noch eingehen werde, auch eine Grundvoraussetzung dafür, dass Bremen und Bremerhaven weiter wachsen können. Wir werden Bremerhaven in seiner Entwicklung weiter unterstützen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in unseren beiden Städten sicherzustellen.

Ein wichtiger Wachstumsmotor sind die Hochschulen im Lande Bremen. Bremen und Bremerhaven sind für junge Menschen hochattraktiv. Aktuell sind ca. 35.000 Studierende eingeschrieben. Insgesamt schafft und sichert das bremische Wissenschaftssystem 21.000 Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven mit einer Bruttowertschöpfung von ca. 1,2 Milliarden Euro. Diese Arbeitsplätze und das damit verbundene Einkommen entsprechen ca. 5 % der Beschäftigten und der Wertschöpfung Bremens und Bremerhavens.

Eine zukunftsorientierte Wissenschaftspolitik ist also im wahrsten Sinne des Wortes auch eine nachhaltige Wachstumspolitik. Denn Wissenschaft made in Bremen und Bremerhaven hat

national und international einen hervorragenden Klang. Das gilt für die Universität wie für die Hochschule Bremerhaven, das AWI oder auch die JUB in Bremen-Nord und die anderen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.

Gerade jüngst hat Alessio Rovere, einer der Nachwuchswissenschaftler, deren Arbeit durch die Exzellenzinitiative finanziert wird, im Weser-Kurier erklärt, er sei nur wegen dieses Programms von der Columbia University in New York nach Bremen gekommen. Das Exzellenzprogramm biete sehr gute Möglichkeiten gerade für junge Wissenschaftler, hier werde auf einem sehr hohen Niveau geforscht. Deshalb setzen wir uns so dafür ein und deshalb betrachten wir die aktuellen Pläne der CDU/CSU Bundestagsfraktion mit großer Sorge.

Meine Damen und Herren,

unterstützen Sie uns, unterstützen sie Bremen bei der Sicherung der Exzellenz!

Mit dem Wissenschaftsplan 2020 haben wir seitens des Senats den Rahmen dafür gesteckt, diese wissenschaftliche Exzellenz unseres Landes auch weiterhin zu ermöglichen. Bremen wird deshalb auch die Universität bei ihrer Bewerbung für die zweite Runde der Exzellenzinitiative unterstützen und plant natürlich die im Erfolgsfall erforderlichen Landesmittel ein.

Wir gehen davon aus, dass die Universität Bremen die Möglichkeit einer Bewerbung für eine zweite Runde der Finanzierung ihres Zukunftskonzepts erhalten wird. An dem im vergangenen Dezember gefassten Beschluss der Regierungschefinnen und –chefs von Bund und Ländern zur Fortsetzung der Exzellenzinitiative halten wir fest.

Neben der Förderung der Spitze werden wir an allen Hochschulen aber auch einen Schwerpunkt bei der Qualität der Lehre, der Sicherung eines hohen Studienplatzangebots und der Betreuung der Studierenden setzen. Entsprechend der Leitideen bremischer Wissenschaftspolitik, Chancengleichheit und Durchlässigkeit, wollen wir Studierenden in allen Lebenslagen gute Studienabschlüsse ermöglichen und die Zahl der Studienabbrüche noch weiter verringern.

Meine Damen und Herren,

Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte. Viele Parks, die Kleingärten, das Grün der Deiche und auch die grüne Umgebung beider Städte tragen zu unserer hohen Lebensqualität bei. Die Menschen leben gern in Bremen und Bremerhaven und sie erwarten zu Recht, dass sich die Politik intensiv um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen kümmert.

Damit Bremen weiter wachsen kann, brauchen wir vor allem mehr Wohnraum. Ein Stadtentwicklungsplan Wohnen soll gewährleisten, dass künftig ausreichend Flächen und Angebote für alle Nachfragesegmente und alle Bevölkerungsgruppen vorhanden sind. Im Senat werden wir uns jährlich, nach Stadtregionen differenziert, die Situation sehr konkret anschauen und über weitere Schritte und mögliche Baugebiete entscheiden. Die Innenentwicklung muss unter gleichzeitiger Erhaltung der wichtigen Naturräume und Grünanlagen vorangebracht werden.

Mehr Wohnungsbauflächen in der Stadt, darunter ganz neue Wohngebiete wie bspw. das Hulsberg-Quartier am Klinikum Mitte mit einer bereits gut entwickelten Infrastruktur und einer für solche Entwicklungsprozesse beispielhaften Bürgerbeteiligung ermöglichen mehr Wohnungsneubau. In der Innenstadt wollen wir den Umbau leerstehender Gewerbe- und Büroräume zu Wohnraum unterstützen.

Das erfolgreiche Bündnis für Wohnen soll ebenso fortgesetzt werden, wie die Wohnraumförderung. Das Gleiche gilt für die 25%-Quote für preiswerten Wohnraum. Und um den Wohnungsmarkt weiter anzukurbeln, werden wir jährlich 3 Mio. € für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung stellen und unsere Praxis bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken dahingehend überprüfen, dass in diesem Wege auch Wohnungsbauförderung betrieben werden kann.

Wohnen spielt auch eine entscheidende Rolle für eine soziale Stadtentwicklung. Die Gewoba und Stäwog müssen und werden weiterhin mehrheitlich in öffentlichem Eigentum bleiben. Sie sorgen dafür, dass viele Großwohnanlagen gute Adressen bleiben. Sie stehen für architektonische und technische Innovationen, stabile Mieten und fairen Umgang mit den Mieterinnen und Mietern. Die Gewoba soll künftig mit ihrer Wohnungsbaukompetenz eine noch

wichtigere Rolle als bisher spielen. Wir werden die Gewoba bei der Intensivierung ihrer Neubauaktivitäten unterstützen.

Für Neu- und Wiedervertragsmieten werden wir schon bis Ende dieses Jahres die Mietpreisbremse in Bremen einführen. Das vom Bund zuletzt aufgestockte Programm Soziale Stadt werden wir wie zugesagt kofinanzieren, die WiN-Programme weiterführen.

Auch Initiativen aus den Stadtteilen sollen in Bremen weiterhin eine Chance haben, Ideen für die Verbesserung und Stabilisierung der Stadtteilstrukturen zu entwickeln. Hierfür stellen wir 1 Mio € (aus den bisherigen Impulsmitteln und der Stiftung Wohnliche Stadt) zur Verfügung. Im Schwerpunkt (3/4 der Mittel) soll damit ein Spielraumförderprogramm entstehen. Mit dem verbleibenden Viertel sollen investive Projekte aus den Bereichen Bildung, Soziales und Stadtentwicklung ermöglicht werden.

In den kommenden vier Jahren wollen wir weitere wichtige Schritte zur Zukunftssicherung Bremen-Nords gehen. Hier liegen große Potenziale! Der Senat wird alles tun, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und die Ansiedlung neuer Unternehmen zu unterstützen. Bremen-Nord hat aber vor allem auch große Chancen als Wohnort.

Die Lage am Wasser, das besondere maritime Flair, die hervorragenden Wohnlagen, das sind ganz besondere Schätze Bremen-Nords, die wir noch weiter stärken wollen. Dabei dürfen wir die schwierigen Aspekte aber natürlich nicht übersehen: ich nenne vorrangig die Situation in Blumenthal oder das weitere Schicksal der Grohner Düne.

Wir werden uns als Senat dieser Aufgabe stellen und ressortübergreifend ein gemeinsames Handlungskonzept für Bremen-Nord erarbeiten. Dies muss mit konkreten Maßnahmen hinterlegt und diese müssen dann auch umgesetzt werden.

Wie gesagt – das ist eine gemeinsame Aufgabe aller Senatsressorts. Die erforderliche Koordinierung wird aber durch einen Bremen-Nord Beauftragten in der Senatskanzlei erfolgen. Auch dies ist ein Zeichen für die Bedeutung, die der Senat diesem Thema beimisst.

Meine Damen und Herren

Die Attraktivität von Städten speist sich wie wir alle wissen aus ganz vielen Quellen. Die Qualität der unterschiedlichen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge spielt dabei eine mindestens ebenso große Rolle, wie der Zustand der Infrastruktur.

Die öffentlichen Kliniken sind das Rückgrat der umfassenden und gleichberechtigten Gesundheitsversorgung in unserer Stadt. Sie sind ein wichtiger Arbeitgeber in unserer Stadt. Deswegen halten wir auch unter schwierigen Umständen an der kommunalen Trägerschaft des Klinikverbunds Gesundheit Nord fest.

Damit die wirtschaftliche Konsolidierung der Kliniken an vier Standorten gelingen kann, muss es im Rahmen der Umsetzung des medizinstrategischen Konzepts der GeNo zu einer Konzentration von Abteilungen und Investitionen kommen. Generell gilt: Investitionen an den vier Standorten müssen der Zukunftssicherung des Verbundes dienen. Nur unter dieser Prämisse werden wir die erforderliche finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen können.

Insgesamt werden wir unsere medizinische Versorgungslandschaft deutlich intensiver mit Niedersachsen abstimmen müssen. Das gilt insbesondere, aber nicht nur, für den Bereich der Geburtshilfe.

Meine Damen und Herren,

die Öffentliche Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven sollen sich sicher fühlen können. Ein ganz wesentlicher Baustein dafür ist die Personalausstattung der Polizei. Hier haben wir nun für die kommenden Jahre eine verlässliche, leistungsfähige und angemessene Personalausstattung der Polizei vereinbart. Bremen wird dieses Jahr 120 Polizeianwärter einstellen. Eine entsprechende Aufstockung der aktuellen Ausbildungszahlen haben wir erst gestern im Senat beschlossen. Und auch bei Feuerwehr und Rettungsdienst wird es umfangreiche Personalverstärkungen geben. Die Feuerwehr wird künftig mit 490 Beamtinnen und Beamten im Brandschutz ausgestattet sein. Das sind immerhin gut 60 Personen mehr als bisher.

Eine wichtige öffentliche Aufgabe ist es auch, für eine intakte Kulturlandschaft zu sorgen. Denn Kunst und Kultur haben eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Gerade in einer so vielfältigen Gesellschaft wie der unseren, gewinnen Kunst, Kultur und kulturelle Bildung eine zunehmende Bedeutung, um Integration zu befördern. Eine lebendige Stadt braucht eine lebendige Kulturlandschaft. Für mich sind Ausgaben für die Kultur deshalb auch Investitionen in die Zukunft. Und wer in der vergangenen Woche die Breminale besucht hat, der weiß, wie wichtig solche Veranstaltungen für das Klima und die Lebensqualität in unserer Stadt sind. In den vergangenen Jahren haben wir eine verlässliche Förderung der Kultur und der kulturellen Bildung aufgebaut und so ein großstädtisches Kulturangebot gewährleisten können. Das wird auch in Zukunft unser Ziel sein.

Zu einer attraktiven Stadt gehört auch ein attraktives Sportangebot. Zusammen mit dem Landessportbund werden wir deshalb einen neuen Sportentwicklungsplan erarbeiten und diesen dann schrittweise umsetzen. Dazu zählt auch, dass wir eine attraktive Bäderlandschaft in Bremen erhalten wollen. Hierzu werden wir die notwendigen Investitionen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes vornehmen.

Meine Damen und Herren,

allen ist klar: Bremen und Bremerhaven müssen gut erreichbar sein. Das gilt für den Wirtschaftsverkehr ebenso wie für die Individualverkehre.

Ein für Bremen ganz zentrales Verkehrsprojekt ist dabei der Ringschluss der A 281. Das Projekt wird der Senat mit Hochdruck vorantreiben. Mit der vorliegenden Planung der Autobahneckverbindung für den Abschnitt 2/2 in Huckelriede haben wir eine stadtteilverträgliche Lösung, die wir zeitnah umsetzen wollen. Das ist die Basis für die Weserquerung. Der Senat setzt sich für eine schnelle Realisierung der Weserquerung – dem 4. Bauabschnitt - beim Bund ein. Mit der Weserquerung ist eine Verkehrsverbesserung für den gesamten nordwestdeutschen Raum in den kommenden Jahren zu erwarten. Sie ist für den Bestand und die Entwicklung des Güterverkehrszentrums, der Häfen und den Flughafen von hoher Bedeutung und dient der massiven Verkehrsentlastung der A 27, der A 1 und damit des Bremer Kreuzes sowie der B 6 / B 75 und diversen innerstädtischer Hauptverkehrsstraßen.

Für die Gestaltung des Verkehrs in Bremen liegt ein Verkehrsentwicklungsplan vor, der in der letzten Legislaturperiode unter breiter Beteiligung erarbeitet und verabschiedet wurde. Das ist ein guter Plan, auch weil es gelungen ist, die Interessen der unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander zu stellen, sondern sie in Einklang miteinander zu bringen. Das gilt für den privaten Autoverkehr, für die Wirtschaftsverkehre, für den ÖPNV, die Bahn und die Fußgänger und Radfahrer.

Wie in allen Kommunen besteht auch in Bremen und Bremerhaven ein erheblicher Nachholbedarf beim Erhalt der Verkehrsinfrastruktur und beim Lärmschutz. Wir werden uns beim Bund deshalb für die Auflegung eines Verkehrsinfrastrukturprogramms einsetzen. Wir wollen die Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch, Gesundheit und Umwelt nachhaltig und spürbar reduzieren. Deshalb haben wir einen konkreten Lärmreduzierungsplan für Bremen aufgestellt, dessen Maßnahmen wir Schritt für Schritt umsetzen werden. In Wohnstraßen setzen wir, um den Verkehrslärm zu senken, auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung – dort sollen künftig nur noch 30 Kilometer pro Stunde erlaubt sein.

Angesichts des erheblichen Nachholbedarfes beim Erhalt der Verkehrsinfrastruktur werden wir allerdings bei allen neuen Maßnahmen immer sehr genau abwägen müssen, wieviel finanzieller Spielraum tatsächlich gegeben ist. Nicht alles wird möglich sein.

Der neue Senat steht zur BSAG als kommunalem Nahverkehrsunternehmen. Noch in diesem Jahr werden wir die erforderlichen Beschlüsse fassen, um die notwendige Erneuerung des Fahrzeugbestandes zu ermöglichen. Unser Ziel ist klar: Die BSAG soll als modernes ÖPNV-Unternehmen in die Lage versetzt werden, 67 Straßenbahnen neu zu beschaffen. 10 weitere Straßenbahnen sollen durch die BSAG instand gesetzt werden.

Meine Damen und Herren

Der Senat unterstützt eine verantwortungsvolle und ehrgeizige Klimaschutzpolitik in Deutschland, Europa und weltweit. Und auch hier bei uns in Bremerhaven und Bremen müssen und werden wir unseren Beitrag dazu leisten. Klimaschutz bewahrt nicht nur die Umwelt, sondern schafft wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze, im Handwerk ebenso wie in der Industrie.

Die Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft zu steigern ist auch ein ureigenes Interesse der Bremer Wirtschaft. Klimaschutz und Energiewende sind kein Hindernis für Wirtschaftswachstum sondern eine große Chance für Unternehmen. Industrie und Gewerbe haben noch viele ungenutzte Klimaschutzpotenziale. Bessere Energieeffizienz führt auch dazu, die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden.

Unser Ziel, bis zum Jahr 2020 40 % CO₂ einzusparen, können wir nur erreichen, wenn wir den Energieverbrauch reduzieren und die Energie besser nutzen: in Unternehmen, bei der öffentlichen Hand, in den privaten Haushalten und im Verkehrsbereich.

Daher setzen wir weiter auf die drei „E“: die Förderung der Energieeinsparung, die Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Und unser neues Klimaschutz- und Energiegesetz verpflichtet uns, regelmäßig zu prüfen, ob sich unser eingeschlagener Weg bewährt hat.

Meine Damen und Herren

Die Energiewende bedeutet nichts weniger als den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und damit aber auch Innovationspotenzial für den Wirtschaftsstandort Bremen. Wir wollen die swb deshalb auf ihrem Weg zu erneuerbaren Energien unterstützen. Die Beteiligung an den Energienetzen ist ein wichtiger Baustein Bremer Energiepolitik.

Wir sind auch der festen Überzeugung, dass Energieprojekte mit breiter finanzieller Bürgerbeteiligung die Akzeptanz für die Energiewende erhöhen und die regionale Wertschöpfung stärken. Wir werden solche Projekte daher unterstützen. Ein Modellprojekt für genossenschaftliche Windanlagen wollen wir in dieser Legislaturperiode ermöglichen.

Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende: Auch der Wärmebedarf von Gebäuden muss noch stärker reduziert werden, vor allem durch die energetische Sanierung von Altbauten. Wir wollen hier die Sanierungsquote deutlich erhöhen.

Für öffentliche Gebäude in Bremen gelten bereits besonders anspruchsvolle Energiestandards, damit angesichts knapper Mittel auch in Zukunft die Energiekosten bezahlbar bleiben. Sowohl

beim Neubau als auch bei der energetischen Sanierung bestehender Immobilien müssen eigene bremische Standards aber auch wirtschaftlich sein.

Die Bremer Landwirtschaft stellt in unmittelbarer Stadtnähe vielfältige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereit. So werden durch die Landwirtschaft neben der Nahrungsmittelproduktion wichtige Aufgaben des Arten- und Biotopschutzes, des Ressourcenschutzes sowie des Erhalts und der Pflege der Kulturlandschaft übernommen.

Die Bedeutung des ökologischen Landbaus hat in Bremen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen und soll sich weiter deutlich steigern. Um die bäuerliche Landwirtschaft in Bremen zu erhalten, müssen wir ausreichend landwirtschaftliche Flächenkapazitäten absichern.

Bremen hat sich auf den Weg gemacht „Biostadt“ zu werden. Neben dem Beitrag zu bewusster Ernährung in öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Mensen und Kantinen der kommunalen Verwaltung sowie bei Bremer Großveranstaltungen und in der Gastronomie bietet Biostadt Bremen dem Handel, der Verarbeitungswirtschaft, den Landwirten, der Gastronomie und dem Tourismus gute Chancen, die Betriebe am Markt besser zu positionieren und damit den Anteil von Bioprodukten deutlich zu erhöhen.

Eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft muss die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick haben. Darum haben wir die Aufgaben gebündelt und erstmals in einem Verbraucherschutzressort zusammengefasst.

Gerade auch bei neuen Produkten, Technologien und Entwicklungen machen wir uns dafür stark, die Verbraucherinteressen systematisch mit einzubeziehen sowie mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit zu prüfen.

Große Defizite sehen wir als Senat etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen. Deshalb haben wir die Finanzberatung der Verbraucherzentrale in der Vergangenheit besonders unterstützt und werden das auch weiterhin tun.

Darüber hinaus machen wir uns weiterhin für klare Regelungen bei Kontoüberziehungszinsen stark. Hier versagt der Markt und es ist gut, dass die Bundesregierung jetzt auch handelt und auf mehr Transparenz und Information setzt. Aber wir brauchen hier auch gesetzliche Regelungen für eine Deckelung und dafür werden wir uns aus Bremen weiter einsetzen.

Meine Damen und Herren

Die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Senatsarbeit unter den Rahmenbedingungen des Konsolidierungskurses und der ab 2020 geltenden Schuldenbremse umzusetzen, wird kein Spaziergang. Ganz im Gegenteil, Bremen und Bremerhaven stehen vor großen Herausforderungen.

Aber die vor uns liegenden Anstrengungen werden sich lohnen, weil wir dadurch die Selbstständigkeit Bremens sichern und eigene Gestaltungsspielräume gewinnen werden.

Auf dem Weg dahin, braucht Bremen aber auch über das Jahr 2020 hinaus die solidarische Unterstützung der anderen Länder und des Bundes. Und das wird sicher noch mehr als ein Jahrzehnt so sein. Unser Land ist leistungsstark. Wir kommen gut mit dem Geld aus, das wir einnehmen. Davon können wir die Leistungen erbringen, die die Menschen von uns erwarten.

Was wir jedoch nicht schaffen ist, die Zinsen unserer Altschulden zu bezahlen. Deshalb ist es keine Frage: wir benötigen wie das Saarland zusätzliche Zinshilfen.

In den vergangenen Wochen bin ich immer gefragt worden, wie viel Geld Bremen braucht, um seine Lebens- und die politische Gestaltungsfähigkeit zu bewahren und zugleich die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewährleisten zu können.

Wir wissen hier in Bremen, dass ein Betrag in Höhe von 500 Mio. Euro ebenso notwendig wie angemessen ist. Hiermit hätten wir neben den Zinshilfen auch Unterstützung bei den Kosten der Unterkunft, der Hafenfinanzierung und vielen anderen Aufgaben, die uns als Stadtstaat besonders belasten.

Gegenwärtig laufen die Verhandlungen um die künftige Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen bereits intensiv. Bremen wird sich weiterhin selbstbewusst und im Bündnis mit anderen einbringen. Wir bekennen uns ganz klar zum Solidarprinzip des Finanzausgleichs.

Wir wollen die Bereitschaft der anderen Länder und des Bundes, uns die berechtigte Unterstützung zu gewähren, gemeinschaftlich erreichen. Voraussetzung dafür, dass Bremen Unterstützung erhält, ist aber, dass wir auch weiterhin unsere Hausaufgaben machen.

Und das heißt, wir werden den Sanierungsweg konsequent und erfolgreich weiter beschreiten.

Meine Damen und Herren

Diese Koalition hat sich vorgenommen, in Bremen eine der modernsten Verwaltungen Deutschlands zu schaffen. Die Modernisierung der Verwaltung wird eine ganz zentrale Aufgabe der nächsten Jahre sein und sie wird deshalb auch unter gemeinsamer Federführung des Präsidenten des Senats der Finanzsenatorin angegangen.

Besondere Bedeutung messen wir der Modernisierung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu. Wir werden diese staatlichen Leistungen künftig kostengünstiger, schneller und mit weniger Personal aber ohne gleichzeitige Arbeitsverdichtung erbringen. Dafür setzen wir auf neue Arbeitsabläufe, Abbau von Doppelstrukturen, den Einsatz von Technik und IT. So wollen wir bspw. das Stadtamt als größten Dienstleister der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger weiter modernisieren. Wir wollen die telefonische Erreichbarkeit verbessern, zeitnahe Terminvereinbarung über Telefon und Internet ermöglichen und dadurch Wartezeiten verkürzen.

Auf der anderen Seite müssen wir auch überdurchschnittliche Standards identifizieren. Bremen und Bremerhaven müssen sich auch der Aufgabe stellen, ihre Leistungsbereiche an dem Niveau vergleichbarer westdeutscher Großstädte zu orientieren.

Und wir müssen angemessene Formen der gemeinsamen Aufgabenerledigung beider Städte finden: Mit dem Abbau von Doppelstrukturen zwischen den beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven können wir Synergien heben.

Wir bieten deshalb der Seestadt Bremerhaven an, eine Landespolizei einzuführen, die bisherigen kommunalen Lehrer als Landeslehrer zu übernehmen und grundsätzlich alle kommunalen Pensionäre durch das Land zu führen. Diese Maßnahmen sind geeignet, die kommunale Selbstständigkeit Bremerhavens zu sichern.

Für den Bereich der Krankenhausplanung habe ich es bereits ausgeführt – zu einer umfassenden Modernisierung der Strukturen, die wir brauchen, um den Konsolidierungskurs erfolgreich zu bestehen, gehört auch eine noch deutlich intensiviertere Zusammenarbeit in der Region und mit Niedersachsen.

Der Senat wird deshalb als zentrale Aufgabe eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen anstrengen, um in Justiz und Verwaltung - wie 2002 durch die Bildung des Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen - Synergieeffekte durch die Bildung gemeinsamer Einrichtungen bzw. durch die Bündelung von Zuständigkeiten bei einem Partner zu schaffen.

Bremen bietet als Oberzentrum des Nordwestens umfangreiche Leistungen für die Region, Bremen braucht aber auch leistungsfähige regionale Partner in Niedersachsen, in der Metropolregion wie auch im Kommunalverbund. Nur gemeinsam können wir die Potenziale unserer Region im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger auch wirklich erfolgreich entwickeln.

Deshalb werde ich selbst die Koordinierung und Außenvertretung Bremens in den regionalen Kooperationen übernehmen.

Um das Ziel einer möglichst optimalen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in unserer Region mit effektiven öffentlichen Dienstleistungen zu erreichen, werden wir ein themenübergreifendes Gesamtkonzept zur Verwaltungskooperation erarbeiten und insbesondere im Kommunalverbund abstimmen.

Meine Damen und Herren

Im Koalitionsvertrag haben wir mit der gebotenen Ehrlichkeit und Transparenz auch deutlich gemacht, dass wir neben dem entschieden voranzutreibenden Optimierungsprozess der Verwaltung auch sehr schmerzhaft Entscheidungen treffen müssen.

Ich nenne nur einige Beispiele:

- Wir werden die Grundsteuer auf einen Hebesatz von 695 % anheben.
- Auch die Bremischen Beteiligungen werden künftig einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen.
- Wir werden die Entwicklung der Sozialausgaben analysieren und anhand von Vergleichen mit anderen Städten Einsparpotentiale erarbeiten. Insbesondere werden wir den Umfang der Hilfen für die Erziehung auf den Prüfstand stellen.
- Die U3 Gruppengröße wird abhängig von Sozialindikatoren von 8 auf 10 Kinder angehoben, soweit die räumlichen Bedingungen dies zulassen.
- Wir werden mit Niedersachsen Verhandlungen zur Anpassung des Gastschulgeldes führen.
- Das Projekt „Hochwasserschutz am Weserstadion“ soll auf das notwendige Maß begrenzt werden, wobei die Verkehrssicherheit gewährleistet sein muss.

So notwendig diese Einschnitte sind, Bremen kann sich - wie alle öffentlichen Haushalte - nicht unbegrenzt über eine Ausgabensteuerung konsolidieren. Deshalb will ich mich als Präsident des Senats - gemeinsam mit dem gesamten Senat und hoffentlich auch der Bürgerschaft - auch bundespolitisch für eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik stark machen.

Denn eine gerechte Steuerpolitik ist ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Bremen wird hier auch ein Bündnis mit anderen Kommunen anstreben. Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig ist Steuerpolitik dann, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Es geht um eine höhere Verteilungsgerechtigkeit, für die wir uns weiter starkmachen, um einen fairen Lastenausgleich, damit die notwendigen Gemeinwohlleistungen auskömmlich und fair verteilt finanziert werden können. Deshalb arbeiten wir auf Bundesebene auch konstruktiv an einer verfassungsfesten Reform der Erbschaftsteuer mit, die den Ländern höhere Einnahmen einbringt.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss meiner Regierungserklärung zusammenfassend feststellen:

- Bremen ist ein Land mit Zukunft,
- Bremen hat hervorragende Potenziale, aber auch gewaltige Herausforderungen,
- Bremen wird in den nächsten Jahren einen anstrengenden, aber erfolgreichen Prozess der Modernisierung durchlaufen.

Diese neue rot-grüne Koalition steht für ein leistungsstarkes und zukunftsfähiges Land Bremen, wir stehen für wachsende bremische Städte. Wir setzen klare politische Schwerpunkte in den Bereichen Arbeit, Bildung und Wohnen und sehen uns der nachhaltigen Konsolidierung unserer öffentlichen Haushalte verpflichtet.

Meine Damen und Herren

Verpflichtet sieht sich dieser Senat auch dem Gedanken einer solidarischen, auf gegenseitige Achtung und Hilfe setzenden Gesellschaft. Deshalb wird uns auch in den nächsten Wochen und Monaten eine Frage nicht loslassen: Wie gelingt es uns, den Menschen, die in immer größerer Zahl bei uns Zuflucht vor Krieg, Tod und Vertreibung suchen, diese Zuflucht auch zu gewähren?

Ich sage das hier aus tiefer Überzeugung: So lange die internationale Lage so ist, wie sie ist, werden wir weitere Flüchtlinge aufnehmen. Das ist unsere humanitäre Pflicht! Also werden wir es auch möglich machen.

Und ich bin in diesem Zusammenhang sehr stolz darauf, dass wir hier in Bremen eine so hilfsbereite Zivilgesellschaft haben. Für das große Engagement so vieler Bremerinnen und Bremer, so vieler Bremerhavenerinnen und Bremerhavener möchte ich mich deshalb an dieser Stelle ganz ausdrücklich und ganz herzlich bedanken!

Aber die kontinuierlich steigenden Zahlen der Menschen, die Zuflucht bei uns suchen, macht auch deutlich: Wir sind, wie alle Städte und Gemeinden, dringend auf die Hilfe des Bundes angewiesen.

Zwar hat sich in den vergangenen Wochen hier schon einiges verbessert. Aber das reicht nicht. Die Kommunen werden die Folgekosten internationaler Konflikte nicht alleine bewältigen können. Wobei das eben nicht allein für Bremen oder die Bundesrepublik gilt, sondern für die ganze EU. Nicht nur Deutschland ist in der Pflicht, sondern auch andere Länder.

Für uns in Bremen heißt es aber: Wir werden uns senatsseitig organisatorisch neu aufstellen, um die großen Herausforderungen der Unterbringung und Betreuung auf Dauer angemessen bewältigen können.

Zweifelsohne fordert die hohe Zahl der Flüchtlinge uns als Stadt gewaltig. Wir werden deshalb vor Ort alles tun, um unserem humanitären Auftrag gerecht zu werden. Und wir werden weiter daran arbeiten, dass der Bund sich an dieser gesamtstaatlichen Aufgabe angemessen und dauerhaft beteiligt.

Meine Damen und Herren

Bremen ist bunt, Bremen lebt Vielfalt. Das war das Motto einer sehr beeindruckenden Initiative, zu der ein Bündnis von Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien, Kultur- und Sportvereinen zu Beginn des Jahres aufgerufen hat.

Rund 7.000 Menschen haben sich damals auf dem Marktplatz versammelt, um ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Unsere Städte haben eine lange Tradition als weltoffene Orte, in denen Menschen verschiedenster Religionen und Herkunftsländern seit Jahrhunderten friedlich zusammenleben. Im Oktober vergangenen Jahres haben wir als Land deshalb auch einen Vertrag mit der alevitischen Gemeinde geschlossen und so deren Arbeit als einen wichtigen Beitrag zur Integration anerkannt.

Die Bremische Bürgerschaft hatte sich schon im September einmütig für einen solchen Vertrag ausgesprochen.

Als Senator für religiöse Angelegenheiten sehe ich mich in eben jener Tradition der Weltoffenheit, der Völkerverständigung und des Dialogs der Religionen.

Ein besonderes Anliegen ist es dem Senat darüber hinaus, in den kommenden Jahren in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Demokratie in unserem Land wieder zu stärken. Wenn sich nur noch die Hälfte der Menschen an der Bürgerschaftswahl beteiligt, dann müssen bei uns die Alarmglocken schrillen.

Das geht alle Demokraten an und sollte keine Frage von Parteifarben sein. Ich hoffe, dass sich alle Fraktionen in diesem Hause der ebenso großen wie grundlegenden Herausforderung stellen, die Demokratie in Bremen wieder zu stärken und die Wahlbeteiligung wieder deutlich zu erhöhen. Der Senat wird dies unterstützen, wo er nur kann.

Als Koalition schlagen wir vor, Maßnahmen im Bereich der Wahlorganisation zu prüfen, die das Wählen näher an die Menschen bringt. Und wir schlagen vor, die identifizierten Schwachstellen im neuen Wahlrecht zu beheben. Gemeinsam mit den anderen Parteien möchten wir zudem in einen Dialog über eine Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre treten. Bremen ist mittlerweile das einzige Bundesland, in dem es noch eine vierjährige Legislaturperiode gibt.

Meine Damen und Herren,

wir gehen in diesen Tagen auf eine ganz entscheidende Etappe zur Sicherung unserer Selbstständigkeit als Bundesland. Und wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, dann erwarte ich von allen, dass die Parteipolitik hinten ansteht. Dass auch Sie als Oppositionsabgeordnete uns bei der Sicherung der Eigenständigkeit konstruktiv begleiten und unterstützen, für Bremerhaven, für Bremen.

Dabei gilt es, den Blick auf das Gesamte zu richten und Einzelinteressen zurückzustellen. Darüber können wir dann wieder ab 2020 streiten. Jetzt müssen wir gemeinsam die Grundlagen für eine gute Zukunft des Landes sichern.

Dafür wird jedes Mitglied des Senats, dafür werde ich persönlich Rede und Antwort stehen – jederzeit. Das, Herr Präsident, das meine Damen und Herren biete ich diesem Haus, unserer Bürgerschaft, hiermit ausdrücklich an!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!